



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

21.01.2025	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Landrat Michael Sack (CDU): „Wir profitieren von der Grenznähe“	3
21.01.2025	Osterländer Volkszeitung: Suche nach Atommüll-Endlager beendet	6
21.01.2025	Badische Zeitung Markgräflerland: Radioaktiver Müll im Vulkangestein?	7

Autor/-in: Stefanie Ploch [tmt71xyymgplcybc7m0713]**Seite:** 9**Ressort:** Lokales Greifswald¹ IVW 3/2024² AGMA ma 2024 Tageszeitungen**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 6.623 (gedruckt)¹ 7.380 (verkauft)¹
7.564 (verbreitet)¹**Reichweite:** 0,036 (in Mio.)²

Landrat Michael Sack (CDU): „Wir profitieren von der Grenznähe“

Im Interview spricht der Chef der Kreisverwaltung über Chancen und Herausforderungen für die heimische Wirtschaft

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald will sich als Spitzenreiter in der Wasserstoffproduktion etablieren und nutzt seine Grenznähe zu Polen als Standortvorteil. Im Interview spricht Landrat Michael Sack (CDU) über die Herausforderungen der Wirtschaft im Landkreis - und richtet eine Forderung an die Bundesregierung.

OZ: Werftstandort Wolgast, Zuckerfabrik Anklam, Uni Greifswald: Wirtschaftlich ist der Landkreis vielfältig aufgestellt. Welche Entwicklungen erwarten Sie in Vorpommern-Greifswald in den kommenden Jahren?

Landrat Michael Sack: Wir sind eine Region, die erheblich zur Veränderung der Energiewirtschaft beitragen wird, insbesondere durch den Standort Lubmin. Dort liegt ein unglaubliches Potenzial zur Produktion von Wasserstoff. Wenn wir den Ausbau weiter forcieren, werden wir ein bedeutender Standort für die Wasserstoffproduktion in Deutschland sein, vermutlich sogar der größte. Dazu kommen Perspektiven wie die Anlandung von Strom und Wasserstoff aus dem Ostseeraum.

Welchen Vorteil hätte die Wirtschaft in der Region davon?

Die erneuerbaren Energien in verschiedenen Formen direkt verfügbar zu haben, ist ein entscheidender Standortvorteil, um Industrie und Gewerbe anzusiedeln. Wir haben in Lubmin, aber auch in Torgelow, Anklam, Ueckermünde oder Pasewalk Gewerbeflächen in Größenordnungen zur Verfügung, die es sonst in Deutschland kaum gibt. Und die gesucht werden. Außerdem wird der Landkreis durch die Grenznähe zunehmend wahrgenommen. Das sieht man beispielsweise derzeit bei Topregal oder Birkenstock in Pasewalk.

Neben der Neuansiedlungen, die Sie ansprechen, gibt es auch zahlreiche Unternehmen, die seit vielen Jahren hier aktiv sind. Welche Probleme gibt es aus Ihrer Sicht bei den Unternehmern in der

Region?

Extreme Herausforderungen betreffen die Energiekosten, daran entscheidet sich die Wettbewerbsfähigkeit. Um den Vorteil, dass hier erneuerbare Energie produziert wird, auch nutzen zu können, muss die Strompreispolitik in der Bundesrepublik zwingend geändert werden. Ich erwarte, dass wenn wir hier erneuerbare Energien ausbauen, die Strompreise für unsere Bürgerinnen und Bürger und für unsere Unternehmen niedrig sind. Das ist meine klare Forderung an den Bund, dass die Rahmenbedingungen hier angepasst werden müssen. Dort, wo die erneuerbaren Energien entstehen, muss der Strompreis niedrig sein, nur so kann man überhaupt Akzeptanz erwarten.

Im südlichen Teil des Landkreises investieren gerade viele Unternehmen, Sie sprachen schon Birkenstock oder Topregal an. Noch mehr passiert gerade in der Metropolregion Stettin, wenige Kilometer entfernt. Läuft uns Polen bald den Rang ab?

Nein, wir werden als Landkreis massiv davon profitieren. Die Region um Stettin hat etwa dreimal so viele Einwohner, wie wir im gesamten Landkreis. Da steckt enorme Kraft hinter. Viele polnische Bürger arbeiten auf der deutschen Seite und auch polnische Unternehmer schauen sich bei uns im Landkreis um. Es ist eine grenzüberschreitende Entwicklung in Gang gekommen und es wird wichtig sein, dass wir uns stärker abstimmen.

Zwei Staaten sollen also eine wirtschaftliche Region entwickeln - wie kann das

gelingen?

Polen und Deutschland sind zwei souveräne Staaten mit ihren eigenen Regeln, aber wir haben eine Grenzregion, wo die Menschen erwarten, dass wir sie durchlässig machen. Unser Ziel ist, das miteinander in den Vordergrund zu stellen, trotz mancher Konflikte. Wir müssen miteinander reden, sonst finden wir keine Lösungen. Wir müssen das Befinden, die Wünsche und Hoffnungen des Nachbarn kennen und sind dafür im steten Austausch mit Partnerstädten und -gemeinden. Wir können uns ein Beispiel an die Region am Landesdreieck Niederlande - Belgien - Deutschland nehmen, da merkt man die Grenze nicht mehr.

Welche konkreten Projekte sind bei der Zusammenarbeit mit Polen in Arbeit?

In der Euroregion Pomerania sind wir derzeit dabei, ein europäisches Verbundzentrum territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) zu gründen. Dort wollen wir gemeinsame, grenzüberschreitende Themen wie Wirtschaft, Tourismus, Infrastruktur oder Bildung angehen. Beispielsweise arbeiten wir sehr intensiv daran, die Radwege besser zu verknüpfen, eine Route um das Haff zu entwickeln.

Auch mit einer Region in Brasilien pflegt man im Landkreis enge Beziehungen. Warum legen Sie so viel Wert auf die internationale Zusammenarbeit? Wir müssen uns lösen von dem Gedanken, dass wir nur lokal national agieren können. Es bringt uns einen großen strategischen Nachteil, wenn wir nicht verstehen, dass wir international Partner

und Freunde brauchen, um die Potentiale zu nutzen. Diese Welt verändert sich gerade rasant und wir müssen unsere Chancen auch nutzen.

Wir werden als Landkreis zunehmend auch als internationaler Partner wahrgenommen - auch im universitären Kontext, die wissenschaftliche Expertise im Austausch kann uns nur helfen. Auch

beim Thema Arbeitskräftemangel sind wir auf Menschen aus dem Ausland angewiesen. Doch das ist nicht immer so einfach.

Was meinen Sie damit?

Es ist momentan aufgrund des gesetzlichen Rahmens sehr schwierig, als Nicht-EU-Ausländer hier zu arbeiten. Sie brauchen unglaublich viele Papiere,

Dokumente, übersetzte Zeugnisse oder andere Nachweise. Es ist eine enorme Bürokratie und ich wünsche mir von der Bundesregierung, dass sie diese Regeln vereinfacht. Es muss einfacher werden, bei uns arbeiten zu können.



Michael Sack ist Landrat im Landkreis Vorpommern-Greifswald., Foto: Tilo Wallrodt



Das Gelände der Lubminer Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH ist laut Meinung von Fachleuten der ideale Standort für eine große Wasserstoff-Erzeugungsanlage., Foto: Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Wörter: 787
Ort: Greifswald

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: Dana Weber [tmt75dhfgnohsx1m6xz97r7]**Seite:** 13**Ressort:** Lokales¹ IVW 3/2024² AGMA ma 2024 Tageszeitungen**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 6.047 (gedruckt) ¹ 5.859 (verkauft) ¹
6.224 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,019 (in Mio.) ²

Suche nach Atommüll-Endlager beendet

Das Altenburger Land steht auf der Liste möglicher Standorte für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken.

Die Region stand auf der Liste möglicher Standorte für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle, erfüllt aber nicht die Bedingungen.

Im Altenburger Land wird es kein Endlager für Atommüll geben. Genauere Untersuchungen und Auswertungen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hätten jetzt ergeben, dass im Altenburger Land kein Kristallingestein, sondern Sedimentgesteine vorkommen. „Dies bedeutet, dass dieses Gebiet für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle ungeeignet ist“, teilt die BGE mit.

Kristallingestein ist geeignet, hoch radioaktive Abfälle über viele hunderttausend Jahre sicher einzuschließen. Es ist ausgesprochen fest und hält Strahlung zurück. Es ist zudem sehr temperaturbeständig, ohne seine Robustheit zu verlieren.

In großen Teilen des Altenburger Landes sah die BGE zunächst Kristallingestein als vorhanden an. Ausgenommen war lediglich ein schmaler Streifen, der sich vorbei an Meuselwitz in Richtung Rositz bis Altenburg zieht, und der Großraum Langenleuba-Niederhain.

Die BGE möchte bis 2031 einen Standort für die rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiven Atommüll in der Bundesrepublik finden. Das entspricht rund 1750 Behältern. Derzeit wird der extrem gesundheitsschädliche Atommüll in dickwandigen Abschirmbehältern (Castors) in 16 oberirdischen Zwischenlagern in der gesamten Bundesrepublik aufbewahrt.

Ein Endlager existiert in Deutschland bislang nicht. Die letzten drei deutschen Atomkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 sind im April 2023 abgeschaltet worden.

Laut dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) strahlen Brennelemente nach dem Einsatz im Reaktor stärker als zuvor. „Die energiereiche Strahlung, die von den Brennelementen ausgeht, kann noch viele hunderttausend Jahre Mensch und Umwelt gefährden“, heißt es auf der Internetpräsenz.

Ein Endlager für hoch radioaktiven

Atommüll muss bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre bieten. Die BGE sucht seit Jahren deutschlandweit nach einem geeigneten Standort.

In die nähere Wahl kamen zunächst 90 Teilgebiete, in denen eine endgültige Lagerung der Brennelemente in mindestens 300 Meter Tiefe möglich wäre. Die BGE begutachtete deshalb auch das Altenburger Land. Die Region gehört zu einem riesigen, rund 30.000 Quadratkilometer großen Teilgebiet, das sich über Regionen in Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg erstreckt und in dem Kristallingestein vorkommt.

Die Suche nach einem Endlager geht deshalb weiter. Die noch im Verfahren befindlichen Teilgebiete machen 54 Prozent der Fläche Deutschlands aus. Bis 2031 will die BGE einen Standort für das Atommüll-Endlager finden.

Abbildung: Das Altenburger Land wurde als möglicher Standort für ein Atommüll-Endlager unter die Lupe genommen.**Fotograf/-in:** Foto: Mario Jahn**Wörter:** 373**Ort:** Altenburger Land

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: [mr/51-16380416]**Seite:** 24 bis 24**Ressort:** Land und Region**Mediengattung:** Tageszeitung¹ IVW 3/2024² AGMA ma 2024 Tageszeitungen**Jahrgang:** 2025**Auflage:** 5.581 (gedruckt) ¹ 5.185 (verkauft) ¹
5.249 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,015 (in Mio.) ²

Radioaktiver Müll im Vulkangestein?

Der Bund sucht nach einem Standort ein Atomendlager und hat auch Teile des Kreises Emmendingen auf der Prüfliste. Das sorgt für Kopfschütteln in der Verwaltung.

Kreis Emmendingen

Es war einmal... So beginnen viele Märchen und Geschichten. Und vielleicht werden in 500 Jahren einmal Menschen in der Region, die heute den Landkreis Emmendingen darstellt, ihre Erinnerungen an die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland auch mit einem „Es war einmal...“ beginnen. Aktuell ist es aber eher ein „Es könnte einmal sein“. Bis 2074, und nicht bis 2031, wie zunächst im Standortauswahlgesetz vorgesehen, soll der Standort für ein geplantes Endlager gefunden sein. Hier sollen die aktuell rund 10.500 Tonnen radioaktiven Abfalls, verpackt in 1900 Castoren, in einer Tiefe zwischen 300 und 500 Metern gelagert werden. Und zwar so, dass sie in den ersten 500 Jahren wieder nach oben befördert werden können, falls es technische Fortschritte geben wird. Wann diese dann tatsächlich eingelagert werden können, sei aber auch unklar, da nach der Standortentscheidung die unterirdischen Lager errichtet werden müssen.

Rund 54 Prozent der Fläche Deutschlands sollen laut Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) daraufhin untersucht werden, ob sie sich für ein Endlager eignen. Dazu zählen auch Teilgebiete im Kreis Emmendingen, die die BGE ermittelt und 2020 veröffentlicht hat. Das hier vorhandene Kristallgestein komme laut Standortauswahlge-

setz grundsätzlich für die Endlagerung als Wirtsgestein neben Steinsalz und Tongestein in Betracht. Damit, so heißt es in einer schriftlichen Antwort des Ersten Landesbeamten Hinrich Ohlenroth auf eine Anfrage der BZ, sei aber nicht gesagt, dass die Teilgebiete auch tatsächlich geeignet sind. Er bestätigt jedoch, dass das BGE bei einer kürzlich stattgefundenen Onlineveranstaltung den Landkreis Emmendingen weiter in seine Untersuchungen einschleife. Dies aber hätten in der Raumschaft wohl noch nicht begonnen. Ein möglicher Zeitplan dazu habe vom BGE nicht genannt werden können.

Mittlerweile informiere das BGE, auch aufgrund des Drucks der beteiligten Städte, Gemeinden, Kreise und Behörden, häufiger über die aktuellen Sachstände. „Im bisherigen Prozess zur Beteiligung der Zivilgesellschaft konnte erreicht werden, dass die BGE nicht still und heimlich bis zur nächsten Phase des Auswahlverfahrens – dem Vorschlag bestimmter Standortregionen – vor sich hinarbeitet, sondern immer wieder Arbeitsstände veröffentlicht“, schreibt Ohlenroth. Entsprechend informiert das BGE auch auf seiner Internetseite über die Teilgebiete der Standortsuche sowie über anstehende Informationen.

Dass der Landkreis Emmendingen berücksichtigt werde, stufte der Landesbeamte bei der erstmaligen Erwähnung vor vier Jahren angesichts des Vulkanis-

mus am Kaiserstuhl gegenüber der BZ als völlig unerklärlich ein. Auch jetzt hält er an dieser Bewertung fest: „Dass die Region noch in den Untersuchungen der BGE verbleibt, entspricht der Systematik des Auswahlprozesses. Auch wenn ich kein Geologe bin, kann ich es mir aber nicht vorstellen, dass als Ergebnis des Auswahlverfahrens herauskommt, dass ausgerechnet im Einflussbereich der tektonischen Störungzone des Oberrheingrabens der bestmögliche Standort eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle in ganz Deutschland liegen soll“, so Ohlenroth. Inzwischen arbeiten nach Auskunft des BGE rund 120 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Physik, Geologie, Kartografie, Strahlenschutz, Materialforschung und Logistik an der Suche nach einem sicheren Tiefenlager. Sie werden untersuchen müssen, ob die Gesteinsschichten in der Region überhaupt geeignet sind für die Einlagerung. Dazu Ohlenroth: „Diese Frage wird derzeit ja gerade geklärt. Die vom Bundestag vorgegebenen Anforderungen an ein Endlager sind hierbei so hoch und komplex, dass nach meiner Wahrnehmung auch Geologen hier Neuland betreten. Die BGE muss einige Methoden erst noch entwickeln, um den bestmöglichen Standort in Deutschland zu finden, der immerhin für eine Million Jahre sicher sein soll.“ Michael Sträter

Abbildung:

Das Erkundungsbergwerk Gorleben galt eins als vielversprechender Standort für ein Endlager. Jetzt nicht mehr. Die Suche nach einem passenden Ort für 10.500 Tonnen Atommüll dauern an – und auch der Kreis Emmendingen ist noch nicht aus dem Rennen. Julian Stratenschulte (Archiv)

Fotograf/-in:

Julian Stratenschulte

Wörter:

583